

INHALT

IM FOKUS

- 3 Magdalena Solska
Neujustierung? – Polens Opposition und Regierung nach der Präsidentschaftswahl

6 RUNDSCHAU

WESTBALKAN

- 12 Vedran Džihic
Bosnien und Herzegowina 25 Jahre nach Dayton – Zwischen Ethnopolitik und neuen Formen der Solidarität
- 16 Armina Galijaš
Welche Erinnerung braucht Bosnien-Herzegowina an den Krieg?
- 19 Irena Ristić
Serbien: Wahlen in Zeiten von Corona und ohne Opposition
- 23 Heiner Grunert
Volkskirche oder Klerikalismus? Orthodoxie im ersten Jugoslawien
- 26 Milica Bogdanović
Nach den Wahlen: Rechtspopulistische Versuchung in Montenegro?

PROJEKTBERICHT

- 28 Regula Spalinger, Elena Rydalevskaja
Fonds „Diakonia“ – Herausforderungen in Corona-Zeiten meistern

BUCHBESPRECHUNGEN

- 30 Iva Lučić
Im Namen der Nation
- Heiner Grunert
Glauben im Hinterland
- 31 Andrea Claaßen
Gewaltfreiheit und ihre Grenzen
- Ekaterina Emeliantseva Koller
Religiöse Grenzgänger im östlichen Europa

Die Zeitschrift RGOW wird vom Institut G2W, Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft herausgegeben, das vom gleichnamigen Verein getragen wird.

© Nachdruck von Texten und Übernahme von Bildern nur mit Genehmigung der Redaktion.

Liebe Leserin
Lieber Leser

Kürzlich kritisierte der Bischof von Mostar, Petar Palić, in einem Interview das Abkommen von Dayton und fragte sich, ob es außer dem Ende des Kriegs überhaupt etwas erreicht habe. Mit dieser Ansicht ist er nicht allein, die meisten Analysen kommen zum Schluss, Dayton habe ein dysfunktionales System geschaffen. Zwar hat das Abkommen vor 25 Jahren den Krieg in Bosnien-Herzegowina mit rund 100 000 Toten und zahllosen Vertriebenen beendet. Zugleich lieferte es die Verfassung für den neuen Staat. An der sog. Dayton-Verfassung wird vor allem kritisiert, dass sie die ethnische Trennung des Kriegs fortgeschrieben und die Europäische Menschenrechtskonvention verletzt habe, da nur Vertreter der drei großen Volksgruppen – Serben, Kroaten und Bosniaken – für das Staatspräsidium kandidieren dürfen. Bedacht auf Föderalismus und Ausgleich hat sie zudem eine extrem komplexe staatliche Struktur geschaffen, die Bosnien-Herzegowina den Ruf eingebracht hat, „unregierbar“ zu sein. Nicht zuletzt fehlt der Verfassung eine demokratische Legitimierung. Trotz aller Kritik ist jedoch keine Überarbeitung in Sicht.

Im Detail beleuchtet Vedran Džihic in seinem Beitrag die politische Situation Bosnien-Herzegowinas, dabei zeigt er auch auf, wer vom aktuellen System profitiert. Zugleich verweist er auf positive Erscheinungen in der bosnischen Gesellschaft, die auf eine Überwindung der Polarisierung hoffen lassen. Armina Galijaš geht in ihrem Beitrag auf ein weiteres heikles Thema ein: das Gedenken an den Krieg in Bosnien-Herzegowina. Während die Vergangenheit in der Politik nationalistisch ausgeschlachtet wird, werde sie im Alltag eher vermieden. Sie plädiert für einen multiperspektivischen Zugang beim Umgang mit der Vergangenheit und verweist trotz aller Polarisierungen auch auf positive Aspekte und Beispiele.

Im Sommer haben in Serbien und in Montenegro Parlamentswahlen stattgefunden. In Serbien führte Präsident Aleksandar Vučić einen auf ihn ausgerichteten Wahlkampf, den seine Partei auch haushoch gewann. Anders gestaltete sich das Resultat in Montenegro, wo die seit 30 Jahren regierende Demokratische Partei der Sozialisten die Mehrheit knapp verpasste. Die neue Regierung wird von mehreren bisher oppositionellen Bündnissen gebildet, wobei erstmals auch rechtspopulistische und euroskeptische Parteien beteiligt sind. Ebenfalls im Sommer fanden in Polen Präsidentschaftswahlen statt, die Amtsinhaber Andrzej Duda gewann. Der relative knappe Ausgang führe dazu, dass sich Regierung und Opposition neu aufstellen, erklärt Magdalena Solska in ihrem Beitrag.

In einem weiteren Beitrag zeigt Heiner Grunert die Auseinandersetzungen innerhalb der Serbischen Orthodoxen Kirche bei Fragen nach der Laienbeteiligung und dem Verhältnis zum Staat in der Zwischenkriegszeit auf.

Natalija Zenger

Natalija Zenger